

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

133 (11.6.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. V. 3600 V.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hittlerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: L. Dups, Durlach.



Anzeigenberechnung: Die Gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Reklamezeile 18 Pfennig. Schluss der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Plakatschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 133

Montag, den 11. Juni 1934

105. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist eine Zusammenkunft zwischen Hitler und Mussolini geplant. Zeit und Ort sind noch nicht bestimmt.

Drei Bombenanschläge auf internationale Eisenbahnstrecken haben im Unruheherd Oesterreich großes Aufsehen erregt, aber auch erhebliche Verkehrsstörungen verursacht.

In München wurden die großen Ausstellungen „Die Straße“ und „Deutsche Siedlung“ eröffnet.

Reichsunterrichtsminister Kuhl hat angekündigt, daß der Samstag künftig als Staatsjugendtag für die 13. gilt, der Sonntag gehört der Familie, die übrigen fünf Wochentage der Schule.

In Belgien hat der bisherige Ministerpräsident de Broqueville ein neues Kabinett gebildet. Jaspars wird Außenminister.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die tschechoslowakische Regierung beschlossen, ihren Geschäftsträger in Moskau, Smetana, abzuberufen und an seine Stelle Bedgan Pawlu zu setzen.

Ueber die Gründe, die Südslawien davon abgehalten haben, sich der Anerkennung der Sowjetunion anzuschließen, ist noch nichts bekannt.

Gruß des Reichkanzlers zum Rotkreuztage

DRS. Berlin, 10. Juni. Reichkanzler Adolf Hitler hat dem Deutschen Roten Kreuz zum Rotkreuztag am 9./10. Juni das folgende Begrüßungswort übermittelt:

„Ich erlaube mir, dem Deutschen Roten Kreuz am Rotkreuztage meine Grüße. Seine vorbildliche Organisation, die unerschütterliche Hilfsbereitschaft seiner Sanitätsmänner und die wohlthuende Pflege seiner Schweltern habe ich während des Krieges selbst kennengelernt. Ich bin überzeugt, daß das Deutsche Rote Kreuz auch weiterhin die ihm zugewiesenen Aufgaben in Treue gegen Volk und Staat erfüllen wird.“

Adolf Hitler.

Zusammenkunft des Führers mit Mussolini?

Berlin, 10. Juni. Mit Bezug auf Nachrichten in der ausländischen Presse über eine bevorstehende Zusammenkunft zwischen dem italienischen Regierungschef Mussolini und dem Reichskanzler Adolf Hitler wird von zutüchtiger Stelle erklärt, daß zwar Erwägungen nach dieser Richtung schweben, daß aber Abschließendes über Zeit und Ort der Zusammenkunft noch nicht bekannt ist.

Bettler und Landstreicher aus Deutschland ausgewiesen

Berlin, 9. Juni. Von zutüchtiger Stelle wird bekanntgegeben, daß auf Grund des Paragraphen 362 des Strafgesetzbuches in den letzten Monaten insgesamt 50 unerwünschte Ausländer aus dem deutschen Reichsgebiet ausgewiesen worden sind. Die Ausweisungen betrafen Fälle, die in den Monaten Oktober 1933 bis Januar 1934 sich ereigneten. Bei den Ausweisungen handelt es sich um Staatsangehörige der an Deutschland angrenzenden Länder. Die Ausweisung erfolgte hauptsächlich wegen Betteltätigkeit, Landstreicherei, Fahrgeldnehmens, aber auch wegen Rückfall-Betrugs und Widerstands gegen die Staatsgewalt, sowie Rückfall-Diebstahls.

Zweite Amerikafahrt des „Graf Zeppelin“

Friedrichshafen, 10. Juni. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Samstagabend 20 Uhr zu seiner diesjährigen zweiten Südamerikafahrt unter Führung von Dr. Goerner aufgefliegen. Die Kabinen sind wieder sehr gut belegt. An der Fahrt nimmt auch der englische Oberst und Himalayafahrer Eberthorn teil, der mit Unterstützung der englischen Regierung nach Brasilien reist, um dort Vorträge über seine Mount-Everest-Expedition zu halten. Er wird etwa 14 Tage in Brasilien verbleiben und am 3. Juli mit dem Luftschiff von dort zurückkehren.

Standortmeldung des „Graf Zeppelin“

DRS. Hamburg, 10. Juni. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das sich auf seiner zweiten diesjährigen Südamerikafahrt befindet, hat nach Mitteilung der Deutschen Seewarte am Sonntag um 19 Uhr MEZ 30 Grad nördliche Breite und 11 Grad östliche Länge erreicht. Dieser Punkt liegt vor der südmarokkanischen Küste und zwar 70 Seemeilen südwestlich von Agadir. Das Luftschiff hat im Laufe des Nachmittags eine mittlere Geschwindigkeit von 112 km/h. entwickelt. Es hatte zuletzt Nordostwind von 15 km/h. bei helterem Himmel gemeldet.

Tagung der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.

Neden Reinhardts und Keplers

München, 10. Juni. Am Sonntag trat hier die Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. zu ihrer ersten Tagung zusammen. Der Leiter der Kommission, Köhler, begrüßte die Erschienenen, darunter den Beauftragten des Führers für Wirtschaftspragen, Kepler, Staatssekretär Reinhardt als Vertreter des Reichsfinanzministers, Oberbürgermeister Fiehler, Vertreter der Obersten Leitung der NS. und der Obersten SA-Führung, Staatsminister Esser, Vertreter der Bezirksleitung Bayern der Arbeitsfront, des Reichsnährstandes und den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer München, Piesch. Namens der Stadt München begrüßte Oberbürgermeister Fiehler die Teilnehmer an der Tagung. Das erste Referat erstattete Staatssekretär Reinhardt über den „Kampf um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit“.

Reinhardt führte u. a. aus: Damit das Schwungrad der Wirtschaft in Bewegung komme und bleibe, müßten erstens Wirtschaft und Volk zur Staatsführung unbedingtes Vertrauen haben, zweitens müsse der Staat durch geeignete Maßnahmen zur Deckung vorhandenen Bedarfs anregen und drittens müsse der Staat die Umfichtungen verordnen und durchführen, die eine Gesundung der Lebensgrundlagen des Volkes bedingen. Der Staatssekretär ging dann ausführlich auf die Einzelheiten der Arbeitsbeschaffung und ihrer Finanzierung ein und wies darauf hin, daß Arbeiten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungs-gesetzes vom 1. 6. 33 sich zum Frühjahr und Sommer 1935 erstrecken werden. Eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme sei auch die Grundförderung durch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Die Haushaltslage der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ergebe 1934 gegenüber dem Vorjahre eine Verbesserung von insgesamt 453 Millionen. Bei dieser Verbesserung könne von den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden verlangt werden, daß sie mit einem Grundförderungsjahr von 2,50 RM. je Tag und Mann zufrieden seien und auch dazu übergingen, öffentliche Arbeiten aus eigenen Mitteln ohne Grundförderung zu finanzieren. Die Begrenzung der Grundförderungssumme auf 310 Millionen RM. sei aufgehoben worden. Es werde möglich sein, die Grundförderung für weitere mindestens 30 000 Mann zu gewährleisten. Die Arbeitslosenziffer würde allein infolge der Auswirkung dieser Maßnahme in den nächsten Wochen um weitere 300 000 Mann sinken. Die Gewährung von Grundförderung dürfe aber zu keiner Dauereinrichtung werden, sondern solle nur Arbeitslosen Volksgenossen, die anders noch nicht Arbeit finden können, die Notstandsarbeit bringen. Von den heute noch 2,5 Millionen Arbeitslosen seien schätzungsweise 300 000 bis 500 000 Mann für Notstandsarbeiten geeignet. Es solle alles daran gesetzt werden, sie in den nächsten Wochen und Monaten in Notstandsarbeit zu bringen und in ihr zu halten, bis sie von der Wirtschaft in feste Berufswege überführt werden können.

Der Redner betonte weiter, daß zu den gegenwärtig in der Landwirtschaft untergebrachten 116 000 Landheisern und Landheiserinnen weitere 300 000 hinzukommen könnten, was wieder eine Entlastung des Arbeitsmarktes um 300 000 bedeuten würde. Durch das Gesetz zur Ueberführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft sei bereits eine dauernde Entlastung des Arbeitsmarktes um 100 000 erreicht. Durch das Gesetz zur Förderung der Beschäftigten sei eine unmittelbare Verminderung der Arbeitslosigkeit um 200 000 erzielt. Dazu komme die bedeutende Belebung in der Möbel- und Hausgeräteeindustrie, die mit ebenfalls 200 000 anzunehmen sei. Diese Belebung werde dauernd sein, denn die Ehestandsarbeiten sollen gewährt werden, solange es heiratsfähige Arbeitnehmerinnen gebe. In Auswirkung des Gesetzes zur Förderung der Beschäftigten würden jährlich auch 200 000 Kleinwohnungen mehr gebraucht werden als bisher. Vier Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes werde allein in seiner Auswirkung der Arbeitsmarkt eine Entlastung um eine Million Menschen erfahren haben und der jährliche Finanzbedarf der Arbeitslosenhilfe um 500 Millionen RM. gesunken sein.

Weitere Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit seien der Bau der Reichsautobahn, das Kraftfahrzeugetzeu-gesetz, das Gesetz über Steuerfreiheit für Erbschaftsbeschaffungen, das Gebäudeinstandsetzungsgesetz, das Gesetz über Steuerfreiheit für neue zu errichtende Kleinwohnungen und Eigenheime, die Erlasse betreffend Steuerfreiheit für Aufwendungen zu Zwecken des zivilen Luftschiffes und des zivilen Sanitätsdienstes, die Erlasse über die Halbierung der landwirtschaftlichen Umsatzsteuer und Senkung der landwirtschaftlichen Grundsteuer.

Endlich das Kaufkraftgesetz! Der Arbeitnehmer solle von seinem rohen Gehalt oder Lohn mehr ausgezahlt erhalten, als bisher. In dieser Richtung bewegten sich auch das Spende-gesetz und das Beiträgegesetz, zu denen in den nächsten Tagen die Durchführungsverordnungen erscheinen werde, die wahrscheinlich die Erhebung ungenehmigter Spenden unter Strafe stellen werde. Im Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit spiele auch eine Rolle, daß das Reich im Haushaltsjahr 1934 300 Millionen RM. in Steuergutscheinen statt Bargeld in

Zahlung nehme. Diese 300 Millionen würden mehr vorhanden sein zur Auffüllung der Läger und Vergebung sonstiger Aufträge.

Die Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit würden ergänzt durch eine durchgreifende Zinsenkung und durch einen Umbau der Steuern und eine weitest mögliche Senkung der Steuerlast. Mit der Zinsenkung werde gegenwärtig begonnen. Die Steuerreform werde im Herbst 1934 erscheinen. Die neuen Steuererlasse würden zum größten Teil am 1. Januar 1935 in Kraft treten. Staatssekretär Reinhardt schilderte weiter die Maßnahmen zur organischen Senkung des Zinsfußes auf 4% und verwies auf die 4%ige Anleihe des Deutschen Reiches von 1934. Es sei zu wünschen, daß alle Besitzer von es erlaube, sich an der Zeichnung der 4%igen Anleihe beteiligen des Deutschen Reiches von 1934 und alle Besitzer von Neubeständen von dem Umtauschangebot Gebrauch machten und daß alle anderen Volksgenossen, deren wirtschaftliche Lage ligen. Eine sicherere Geldanlage sei undenkbar. Die im Herbst kommende Steuerreform werde einen weiteren Generalangriff im Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit und eine Generalmaßnahme zur Gesundung von Wirtschaft und Finanzen darstellen.

Der Staatssekretär verwies ferner darauf, daß das Steuer-aufkommen sich ausgezeichnet entwickelt. Es sei in den Monaten April und Mai um rund 150 Millionen RM. größer gewesen, als in den entsprechenden Monaten des Rechnungsjahres 1933. Diese Entwicklung werde sich auch in den Länders- und Gemeindefinanzverhältnissen außerordentlich günstig auswirken. Ganz besonders gut flöhen diejenigen Steuern, in denen sich der Aufschwung der Wirtschaft spiegelte. Allein das Aufkommen an Umsatzsteuer sei im April und Mai um 60 Millionen größer gewesen als in den ersten beiden Monaten des Vorjahres. Man könne annehmen, daß die Umsätze im März und April 1934 3-3,5 Milliarden RM. mehr betragen haben als in den gleichen Monaten 1933, und daß die Umsätze im gesamten Jahr 1934 wahrscheinlich um 15 bis 20 Milliarden RM. höher sein werden als im gesamten Jahre 1933.

Staatssekretär Reinhardt schloß: Die Zahl der Arbeitslosen betrage heute noch 2,5 Millionen. Es werde gelingen, diese Zahl in den nächsten sechs Monaten um rund eine Million zu vermindern, im kommenden Winter von einem Wiederanstieg über 2 Millionen verhindert zu werden, und es werde gelingen, die Arbeitslosigkeit innerhalb längstens zweier Jahre so gut wie reiflos zu beseitigen, wenn alle Volksgenossen im Rahmen der Richtlinien der Reichsregierung ihre Pflicht tun. Ihm schwebte über den Rahmen aller bezeichneten Maßnahmen hinaus eine weitere große Maßnahme vor, die zu einer fast vollständigen Beseitigung der Arbeitslosigkeit, wahrscheinlich schon innerhalb eines Jahres, führen würde. Er sei überzeugt, daß die Reichsregierung sich zur Durchführung, auch dieser Maßnahme entschließen werde, sobald sie bis zur letzten Schlussfolgerung durchdacht und der Gedankengang als richtig anerkannt sei. Wir haben allen Anlaß, der Zukunft frohen Mutes und voller Zuversicht entgegenzusehen!

Dann äußerte sich der Beauftragte des Führers für Wirtschaftspragen, Kepler, über „Grundzüge der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik“. Die Bewegung ist, so erklärte er u. a., eine politische geblieben und hat die Wirtschaft bewußt mit an erste Stelle gesetzt, sonst hätte der schwere Kampf der letzten Jahre nicht mit dem Erfolg geführt werden können. Ein Wirtschaftsprogramm im landläufigen Sinne kennt die Partei auch heute nicht. Was für uns festliegt, sind nicht Grundzüge für das Durcheinander der Alltagsfrage, sondern liegt auf weltanschaulichem Gebiete. Wir sehen immer mehr, daß die Erkenntnisse aus dem politischen Leben auch im Wirtschaftsleben ihre Anwendung finden müsse. Die Idee der Volksgemeinschaft verlangt von jedem in der Wirtschaft höchstes Verantwortungsbewußtsein, höchste Achtung vor der Arbeit und dem Arbeiter. Der erste Blick gilt bei uns immer dem schaffenden Menschen, dann erst darf an die Sachgüter und das Kapital gedacht werden. Der Schwerpunkt des Wirtschaftslebens kann nicht beim Staate liegen. Das freie Spiel der Kräfte muß in Industrie und Gewerbe immer mehr zum Durchbruch kommen. Dagegen dürfen wir den Bauer nicht der Tüde des Alltags ausliefern. In der Wirtschaft muß alles Schritt für Schritt erkämpft werden. Unsere stärkste Waffe in diesem Kampfe sind der Glaube an die Zukunft und das Vertrauen auf den Führer.

Der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik, Köhler, gab eine längere Betrachtung über das Thema „Politischer Sozialismus“. Der Redner steht in dem Nationalsozialismus eine Empörung des lebendigen Gefühls des Volkes dagegen, daß von der Wirtschaft aus das ganze Leben des Volkes bestimmt werden sollte. Diejem Materialismus galt und gilt unser Kampf. Das letzte Wort hat in allen Fragen, bei denen es sich um das Leben des Volkes handelt, die Politik zu sprechen. Die Politik, nicht die Wirtschaft, ist die Volkredlerin dieses Willens. Der Sozialismus kann nicht in einem Wir-

